Razzien gegen Menschenrechtsaktivisten und Journalisten

Minsk. Ein halbes Jahr nach Beginn der Massenproteste in Belarus kam es zu landesweiten Überfällen auf Journalisten und Menschenrechtsaktivisten. Die staatlichen Ermittler gaben am Dienstag im Nachrichtensender Telegram bekannt, dass das Ziel darin bestehe, festzustellen, wie die Proteste im Spätsommer und Herbst finanziert worden seien. Laut verschiedenen Medienberichten gab es in allen größeren Städten des Landes Hausdurchsuchungen mit Einzelverhaftungen. Auch das Menschenrechtszentrum Wesna war betroffen. Telefone und Geräte wurden beschlagnahmt, teilte die Organisation mit. Der Aktivist Valentin Stefanowitsch sagte: „Das ist die Logik der Unterdrückung – am Anfang kommen Sie zu den Politikern, den Aktivisten und dann zu den Journalisten …

Minsk. Ein halbes Jahr nach Beginn der Massenproteste in Belarus kam es zu landesweiten Überfällen auf Journalisten und

Menschenrechtsaktivisten. Die staatlichen Ermittler gaben am Dienstag im Nachrichtensender Telegram bekannt, dass das Ziel darin bestehe, festzustellen, wie die Proteste im Spätsommer und Herbst finanziert worden seien. Laut verschiedenen Medienberichten gab es in allen größeren Städten des Landes Hausdurchsuchungen mit Einzelverhaftungen.

Auch das Menschenrechtszentrum Wesna war betroffen. Telefone und Geräte wurden beschlagnahmt, teilte die Organisation mit. Der Aktivist Valentin Stefanowitsch sagte: „Das ist die Logik der Unterdrückung – am Anfang kommen Sie zu den Politikern, den Aktivisten und dann zu den Journalisten und Menschenrechtsaktivisten.“

Es gab auch Razzien in der belarussischen Journalistenunion. Sein Vorsitzender, Andrej Bastunez, wurde von der Polizei weggebracht, aber später wieder freigelassen, hieß es. Die Organisation kritisierte wiederholt die Aktionen der Behörden gegen Medienvertreter.

Einwöchige Demonstrationen

Die autoritäre Führung hatte wiederholt behauptet, die Demonstrationen nach den Präsidentschaftswahlen im August seien aus dem Ausland finanziert worden. Wochenlang hatten Zehntausende regelmäßig gegen die Wahlen protestiert, die als Fälschung angesehen wurden. Die Demonstranten wurden massenhaft festgenommen. Viele klagten über Polizeigewalt. Vor kurzem gab es kleinere Proteste in Wohngebieten.

Die Opposition und die westlichen Staaten erkennen den Wahlsieger Alexander Lukaschenko nicht als Präsidenten an. Der 66-Jährige regiert seit 1994 die ehemalige Sowjetrepublik.

Inspiriert vom LVZ Newsticker -> Zum kompletten Artikel

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de